



Nationale Delegiertenversammlung des Unia-Sektors Gewerbe: Resolution

Wir fordern Lohnerhöhungen und keine Konzessionen beim Lohnschutz!

Die flankierenden Massnahmen und Gesamtarbeitsverträge sind für Arbeitnehmende und KMU im Gewerbe überlebenswichtig

Die flankierenden Massnahmen (FlaM) schützen Arbeitnehmende und Firmen in der Schweiz. Das System der FlaM-Kontrollen sorgt dafür, dass alle, die in der Schweiz erwerbstätig sind, auch Schweizer Löhne erhalten. Insbesondere müssen schweizerische und ausländische Betriebe die allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträge einhalten, die von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ausgehandelt wurden.- Gemeinsam sind die Sozialpartner dann für die Anwendung der GAV verantwortlich.

Hinweis an den Bundesrat: Keine Konzessionen auf Kosten unserer Löhne

Das vom Bundesrat verabschiedete Mandat für die Verhandlungen mit der EU-Kommission beinhaltet jedoch eine schmerzhaft Verschlechterung des Lohnschutzes. Es schafft die Kautio weitgehend ab. Es eröffnet die Möglichkeit, dass die Arbeitgeber bei auswärtigen Arbeiten die Übernachtungs- und Verpflegungsspesen nicht mehr nach dem Schweizer Tarif bezahlen müssen, sondern nach dem Tarif der Herkunftsländer, in denen die Löhne bis zu fünfmal tiefer sind. Das Mandat schwächt das Instrument der Dienstleistungssperre und verkürzt die Voranmeldepflicht, so dass die Kontrolle halbkrimineller Firmen schwieriger wird. Der vom Bundesrat gewählte Weg ist unverständlich und schädlich für alle Akteure des Gewerbes.

Für eine starke Schweiz: Lohnerhöhungen und ein wirksamer Lohnschutz!

Die Löhne und Arbeitsbedingungen im Gewerbe stehen bereits heute stark unter Druck. Grund dafür ist insbesondere die starke Konkurrenz zwischen den Firmen, die aktuell in einen Preiskrieg ausgeartet ist. Dadurch haben weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmende eine Zukunftsperspektive. In dieser Situation sind wirksame Regulierungen und Kontrollen umso wichtiger, um einen für alle Beteiligten gerechten und nachhaltigen Markt zu verankern. Daher fordern wir mit aller Entschiedenheit:

- **Eine Verstärkung der flankierenden Massnahmen:** Wir erinnern daran, dass der Bundesrat das einzige Mal eine Volksabstimmung zu den Beziehungen mit der Europäischen Union verloren hat, weil er den Lohnschutz nicht stärken wollte. Wir werden uns kompromisslos gegen jeden Versuch eines Abbaus wehren; wir fordern stattdessen eine Stärkung der bestehenden Massnahmen.
- **Massnahmen zur Erleichterung des Abschlusses von Gesamtarbeitsverträgen (GAV):** Die im Gesetz vorgesehenen Bedingungen für die Ausweitung unserer GAV gehören zu den restriktivsten in Europa. Sie stammen aus dem Jahr 1956 und müssen dringend an die Realitäten des Arbeitsmarktes angepasst werden, um eine Lockerung zu ermöglichen. Schweizer Personalverleihfirmen stellen eine wachsende Zahl unserer europäischen Kolleg:innen mit Kurzzeitverträgen ein. Ohne allgemeinverbindlich erklärte GAVs würde die Lohndrückerei zur neuen Normalität in der Schweiz. Dies hätte verheerende Auswirkungen auf unsere Branchen und auf das Fachwissen dort.

- **Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung:** Das Arbeitsvolumen in den Gewerbebranchen steigt explosionsartig an, dies besonders wegen der Energiewende. Dennoch entscheiden sich immer weniger Lernende für eine Karriere in unseren schönen Berufen, während viele unserer Kolleg:innen ihre Branchen verlassen. Eine echte Aufwertung unserer Löhne und Arbeitsbedingungen ist notwendig, um die Zukunft unserer Berufe zu sichern.

Wir sind überzeugt, dass heute nur ein besserer Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen eine nachhaltige Zukunft für unsere Branchen und die Würde unserer Arbeit sicher. Die Politikerinnen und Politiker, die das Gegenteil behaupten, sollten einmal an unserer Stelle auf den Baustellen arbeiten, bevor sie auf unsere Kosten Karriere machen!